



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

6. Mai 2009

Rede zum Antrag Hochschulpakt II

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 06.05.2009

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist erst wenige Monate her, da rief Kanzlerin Merkel mit viel Tamtam die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Mit dem abrupten Stopp des Hochschulpaktes, des Pakts für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative kann sie sich dieses Etikett endgültig abschminken. Merkel hat ihre vollmundigen Versprechen für höhere Bildungsinvestitionen offenkundig gebrochen, Bildungsministerin Schavan ist mit ihren Plänen krachend gescheitert. Ausgerechnet beim ersten Konjunkturpaket, das ausschließlich Bildung und Wissenschaft – und damit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes – zugute gekommen wäre, haben Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) und die Landesfinanzminister der Union ein Veto eingelegt und ein Stoppschild gehisst. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist das eine geradezu fahrlässige und zukunftsblinde Politik. Wer jetzt die gesamte Wissenschaftspolitik bis nach der Bundestagswahl auf Eis legt, agiert destruktiv und riskiert, dass Deutschland deutlich geschwächt statt gestärkt aus der Krise hervorgeht. Obwohl zusätzliche Ausgaben für Bildung und Forschung zur Zukunftssicherung sowie für mehr Gerechtigkeit und bessere Wettbewerbsfähigkeit alternativlos sind, macht Finanzminister Steinbrück die hehren Ziele von 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung schon heute zur Makulatur. Damit ist Merckels Bildungsgipfel endgültig gescheitert.

Union und SPD sind eine generationenfeindliche Koalition eingegangen: Zur Rettung der Banken und für die Abwrackprämie nimmt das Bündnis eine riesige Neuverschuldung und unkalkulierbare Haushaltsrisiken in Kauf. Gleichzeitig entzieht Steinbrück den nachfolgenden Generationen die Grundlagen, um die Schulden jemals wieder abzubauen. Wer heute keine ausreichende Anzahl an Studienplätzen schafft, produziert den Fachkräfte- und Akademikermangel von morgen. Die junge Generation braucht keine irrsinnige Abwrackprämie, sondern Zukunftsperspektiven und einen konzertierten Kraftakt für unser Bildungs- und Hochschulsystem. Wenn es überhaupt gelingt, den Hochschulpakt II in diesem Jahr „vom Eis“ zu kriegen, dann gilt: Die Absichtserklärung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zur Fortsetzung des Hochschulpakts genügt diesem Anspruch eines Kraftakts nicht. Mit einem solchen Mangelpakt wird keine Brücke über die Akademikerrücke errichtet. Die Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern haben sich offenbar vorgenommen, die Fehler des ersten Hochschulpakts fortzuschreiben. Der Pakt bleibt unterfinanziert, weil der Betrag pro zusätzlichen Studienplatz nur für Billigstudienplätze ohne Qualität reicht. Der Hochschulpakt für die nächsten zehn Jahre muss aus grüner Sicht erheblich mehr ausfinanzierte Studienplätze bringen sowie bessere Studien- und Lehrbedingungen für alle.

Auch muss sich die Ausbildung von Akademikerinnen und Akademikern für alle Länder lohnen. Heute bezahlen einige Länder für die Ausbildung, während andere die Akademikerin-

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 74501 • 📠 (030) 227 – 76642

✉ Kai.Gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Limbecker Straße 48-50 • 45127 Essen • ☎ (0201) 269 8200 • 📠 (0201) 269 8249

✉ Kai.Gehring@wk.bundestag.de



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

nen und Akademiker „absahnen“. Deshalb braucht es endlich einen fairen Lastenausgleich zwischen den Bundesländern. Beim Hochschulpakt II ist der Einstieg abermals missglückt, obwohl sich im Bundestag eine parlamentarische Mehrheit dafür ausspricht. Der Widerstand der Unionländer gegen das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ zeigt wieder einmal, dass sie keinerlei gesamtstaatliche Verantwortung empfinden. Der Verweis auf den allgemeinen Länderfinanzausgleich reicht nicht, da dieser die Studienplatzkosten keineswegs abdeckt. Wenn die Fortsetzung des Hochschulpakts die Kosten auch nur annähernd decken soll, muss Bundesfinanzminister Steinbrück nicht nur seinen Widerstand gegen die Minierhöhung der Studienplatzpauschalen abblasen, sondern wesentlich mehr als die bisher angedachten 6 500 Euro pro Jahr für einen Studienplatz zur Verfügung stellen.

Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit und hochschulpolitische Verlässlichkeit – und zwar sofort. Mit einem Aufschub der Entscheidung wird sich das Gedrängel vor den Hörsaal-türen verschärfen. Ein entscheidender Schritt zum Ausbau unserer Hochschulen würde ver-tan – kein gutes Signal für künftige Studienberechtigte. Angesichts doppelter Abiturjahrgän-ge, die in diesem Herbst erstmals ihren Platz an den Hochschulen suchen, wird sich die fata-le Situation für Studieninteressierte weiter zuspitzen. Wenn es überhaupt zu einer verbindli-chen Verabredung zum Hochschulpakt II kommt, dann müssen Bund und Länder gemein-sam handeln. Wir brauchen gerade in Krisenzeiten einen verlässlichen und bedarfsgerech-ten Aufbau qualitativ hochwertiger Studienplätze für alle Studienberechtigten, die in den nächsten Jahren zusätzlich an die Hochschulen kommen. Im Gegenzug für die Bundesgel-der muss seitens der Hochschulen und Bundesländer auch gesichert sein, dass die so finan-zierten Kapazitäten auch ausgeschöpft werden. Es darf nicht länger passieren, dass für je-den zweiten Studiengang örtliche Zulassungsbeschränkungen gelten, gleichzeitig aber durch das unorganisierte Nachrückverfahren kostbare Studienplätze unbesetzt bleiben. Die ge-samtstaatliche Verantwortung für die Hochschulzulassung muss vor einzelnen Länder- und Hochschulinteressen gehen. Die Bundesregierung muss darum mit den Ländern umgehend eine bundeseinheitliche Regelung für Zulassungen und Abschlüsse aushandeln. Und die Länder sollten für die verbindliche Teilnahme aller Hochschulen am neuen Zulassungsver-fahren sorgen.

Lange genug haben Union und SPD die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufs Spiel ge-setzt. Ihre Lippenbekenntnisse, wie wichtig ihnen Bildung und Forschung seien, haben sich als leere Versprechungen erwiesen. Leidtragende sind die Studienberechtigten: Ohne baldi-ge Einigung auf eine Fortsetzung des Hochschulpaktes mit mehr Mitteln pro Studienplatz stehen die doppelten Abiturjahrgänge bald vor verschlossenen Hochschultüren. Diese Jahr-gänge müssen aber unbedingt zu einem deutlich höheren Anteil studieren als die bisherigen. Wer heute nicht eine ausreichende Zahl von Studienplätzen schafft, versündigt sich an den Zukunftschancen der jungen Generation und unterminiert die wirtschaftliche Wettbewerbsfä-higkeit von morgen. Daher erwarten wir mehr Mut der großen Streit-Koalition und von Merkel und Schavan Machtworte gegenüber ihren Finanzministern und Ministerpräsidenten. Die Totalblockade der Wissenschaftspolitik muss umgehend überwunden werden.